

# Lehren des November

Aus dem Referat von Prof. Dr. Ernst Diehl, Mitglied des ZK der SED, auf dem IV. Deutschen Historikerkongreß der DDR

Die gewaltige revolutionäre Massenbewegung im November 1918 erschütterte die Macht des deutschen Monopolkapitals in ihren Grundfesten. Der deutsche Imperialismus war nicht mehr in der Lage, mit dem alten Mitteln und Methoden seine Herrschaft zu behaupten. Die Bedingungen des Klassenkampfes zwangen ihn, seine Strategie und Taktik wesentlich zu verändern.

Der Weltimperialismus und der deutsche Imperialismus standen vor fünfzig Jahren vor einer in vieler Hinsicht neuen Situation. Wodurch war sie gekennzeichnet?

## Historische Wende

1. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hatte das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert. In der größten demokratischen Tat der bisherigen Menschheitsgeschichte war erstmals die Macht der ausstehenden Minderheit gestürzt und die Macht der großen Mehrheit der bisher ausgebeuteten und Unterdrückten errichtet worden. Die einheitliche Front des Weltimperialismus war durchbrochen. Die Sowjetmacht in Rußland wurde zum mächtigsten Bollwerk der internationalen Arbeiterklasse, aller progressiven Kräfte.

2. Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland und den revolutionären Ereignissen in anderen Ländern erhielt die Arbeiterklasse im Weltmaßstab eine neue Stellung. Sie gewann auch in vielen kapitalistischen Staaten trotz starker Epiforien, bürokratischer, Ideologie an politischer Reife und Kampfkraft. In vielen Ländern vollzog sich eine beschleunigte Linke-entwicklung in der Arbeiterbewegung.

3. Über die Arbeiterklasse hinaus hatten breitere Volksschichten be-

gonnen, ihre Kraft zu erkennen, ihr Selbstbewußtsein war gewachsen. Der imperialistische Krieg hatte ihnen Haß gegen die bestehende Ordnung anwachsen lassen.

4. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war die Popularität der Ideen der Demokratie und des Sozialismus unerhört gestiegen. Sie drangen immer tiefer in das Bewußtsein breiter Volksschichten vieler kapitalistischer Staaten und kolonialer Länder ein.

Diese grundlegend veränderten Bedingungen waren in gewisser Weise für alle imperialistischen und kapitalistischen Länder gültig. Sie wirkten jedoch in Deutschland besonders tief, weil Deutschland angesichts der militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg und der raschen Verschärfung der Klassenkämpfe zum schwächsten Mitglied im System des Weltimperialismus geworden war.

## Um die Macht betrogen

Die Bourgeoisie gestaltete ihr Parteiensystem entsprechend den veränderten Bedingungen um. Keine der sich nun konstituierenden bürgerlichen Parteien verzichtete in ihren Programmen auf die Begriffe „Volk“ oder „Demokratie“, in Aufrufen und Erklärungen sprachen bürgerliche Politiker vom „Mehrheitswillen des Volkes“ und von „demokratischer Entwicklung in Ruhe und Ordnung“. Die Forderung nach einer „demokratischen Nationalversammlung“ wurde zu einer Hauptlosung der Konterrevolution. Die von der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung gebildeten Organe nannten sich unter Mißbrauch revolutionärer Begriffe „Bürgerräte“ und „Bauernräte“, die Forderung, die den Kampf gegen die Revolution führte, bezeichnete sich als „Rat der Volksbeauftragten“. Hinter dieser demokratischen Fassade verborg sich die Absicht, die Konstituierung der Macht des Monopolkapitals in veränderter Form zu ermöglichen. Dadurch gewann das Finanzkapital eine

## Sie fürchteten die Massen

Das entscheidende Element der strategischen Neuorientierung des deutschen Großkapitals aber war der Versuch, mit Hilfe der rechtsoportunistischen Partei, und Gewerkschaftsführer die Arbeiterklasse an den imperialistischen Staat zu binden. Angesichts der neuen weltgeschichtlichen Stellung des Proletariats hatte die Ausnutzung des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterbewegung für die Bourgeoisie gewaltig an Bedeutung gewonnen. Das galt für alle kapitalistischen Länder, hatte aber angesichts der Tiefe der Klassenkämpfe in Deutschland besondere Geltung. Hierin sah die deutsche Großbourgeoisie die entscheidende Voraussetzung, um über die tiefe Erschütterung ihrer Macht hinwegzukommen, um dem Schicksal zu entgehen, das die Arbeiter und Bauern Rußlands unter Führung der Partei der Bolschewiki ihrer Bourgeoisie bereitet hatten.

Man muß sagen, daß die rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie auf die ihnen vom deutschen Finanzkapital zugedachte Rolle voll eingestiegen waren. Diese Führer hatten der deutschen Großbourgeoisie am Beginn unseres Jahrhunderts beim Übergang vom Frieden zum Krieg Hilfestellung gegeben. Sie waren am Anfang des ersten Weltkrieges offen auf die Seite des deutschen Imperialismus und Militarismus übergegangen. Jetzt, in der bisher tiefsten Krise des deutschen Imperialismus, gingen sie noch einen Schritt weiter und bildeten eine konterrevolutionäre Regierung um die imperialistische Staatsmacht vor dem Ansturm der Massen zu retten. Erst die aktive Beteiligung der rechten sozialdemokratischen Führer gestattete es der Konterrevolution, in solchem Umfang unter den Losungen „Demokratie“ und „Sozialismus“ aufzutreten, wie sie sie in der Novemberrevolution vermochte.

Die rechten sozialdemokratischen Führer konnten die große Popularität der alten revolutionären deutschen Sozialdemokratie für ihre arbeiters- und volksfeindliche Politik ausnutzen. Demagogisch knüpften sie an die Sehnen der Massen nach Demokratie und Sozialismus an und gaben ihre Politik als Weg zu diesem Ziel aus. Die bürgerlich-demokratischen Rechte und sozialen Freiheiten, die von den revolutionären Massen erkämpft worden waren, stellten rechte sozialdemokratische Führer – die gleichen Führer, die bis zuletzt den Ausbruch der Revolution zu verhindern suchten – als Früchte ihrer Politik hin. Ihr Wirken – und das stimmte völlig mit der neuen Taktik der Bourgeoisie überein – lag indessen nur darauf hinaus, einige der

schlimmsten Auswüchse der imperialistischen Ordnung zu beseitigen und einzelne unvermeidliche Reformen vorzunehmen, ohne das imperialistische System selbst anzutasten, ja um es gerade dadurch zu retten. Sowohl in der Ausnutzung demagogischer Losungen wie im Nationalismus und Antibolschewismus stimmten die bürgerliche Konterrevolution und die rechten sozialdemokratischen Führer völlig überein.

In der Novemberrevolution 1918 vermochte es der deutsche Imperialismus, einen Sieg der Arbeiterklasse zu verhindern und die Revolution niederzuschlagen. Es war ein Zeichen für die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, daß die konterrevolutionären Kräfte ihre Macht in Deutschland nur behaupten konnten, indem sie sich einer hemmungslosen sozialen und demokratischen Demagogie bedienten und sich der aktiven Mitwirkung der rechten sozialdemokratischen Führer verschrieben. Die Konterrevolution trat in einer den veränderten Umständen angepaßten Art und Weise auf, was es vielen erschwerte, sie zu durchschauen. Das war in diesem Umfang und in diesen Formen etwas Neues im weltweiten Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus.

## Heute keine Chance

Heute, angesichts des durch die Kraft des Sozialismus geschaffenen internationalen Kräfteverhältnisses, befindet sich der Weltimperialismus in einer qualitativ neuen strategischen Situation. Er antwortet auf die Schwächung seiner Position mit gesteigerter Aggressivität. Im Rahmen der Globalstrategie des USA-Imperialismus und der Bonner sogenannten Ostpolitik nimmt dabei, wie wir aus den Klimateurenanforderungen der vergangenen Monate gut wissen, die psychologische Kriegführung eine Schlüsselstellung ein. Der imperialistische Klassenkampf versucht, wieder mit aktiver Hilfe rechte sozialdemokratische Führer unter demokratischen und sozialistischen Losungen Boden zu gewinnen. Er wendet Methoden an, deren er sich schon in der deutschen Novemberrevolution bediente. Er kämpft mit noch raffinierteren Mitteln, mit einer noch weit verteilten Demagogie gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen im eigenen Herrschaftsbereich, gegen die sozialistischen Staaten, die Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts in unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Doch was damals Erhellendes konnte, ist heute zum Scheitern verurteilt.

(Aus ND vom 10. Oktober 1969)

(Fortsetzung von Seite 3)

schien Systems des Sozialismus als Ganzes für alle Teile der Bevölkerung recht sichtbar war und ist. So blieben in der DDR die bedeutendsten Erfolge in Technik, Wissenschaft, Ökonomie, Politik und hinsichtlich der Erhöhung des Lebensstandards nicht aus.

Auch Sie und seine Anhänger konnten das gut beobachten und, wenn sie nur gewollt hätten, studieren, von fruchtbaren Anregungen für die Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaft der CSSR zu gewinnen. Sie hielten aber an ihrer Marktwirtschaftskonzeption fest. Hauptkräfte in der KPC und ihrer Führung, die sich dagegen wandten und vor dem abschreckenden Gefahren- und Konsequenzen warnten, wurden von ihnen diffamiert.

Mit einem gehörigen Schuß Überheblichkeit erklärte ihnen und der Öffentlichkeit Sie beherrschend:

„Einige Propagandisten, die unsere Ansichten und Lösungen auf ihre Art und Weise als ein bestimmtes Abgeben von der sozialistischen Wirtschaft, als einen Verzicht auf die sozialistische Planung, als eine Rückkehr zu den kapitalistischen Marktverhältnissen und sogar als einen allmählichen Übergang zum kapitalistischen Unternehmertum anzusehen, haben offenbar – von dem eigenen gehehnten Wünschen übermannt – nicht beachtet, daß wir von den sozialistischen Ware-Geld-Beziehungen, vom sozialistischen Markt, vom sozialistischen Betrieben sprechen und daß gerade darin die grundlegende Besonderheit unserer Wirtschaft zum Ausdruck kommt, die sie von der kapitalistischen Wirtschaft unterscheidet.“

Dieser Angriff auf die Partei war mit der kategorischen Forderung nach Orientierung auf die sogenannte Marktwirtschaft verbunden und richtete sich damit auch gegen die Grundlinien der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Damit wandte er sich zwar noch nicht direkt und offen gegen die Partei und die von ihr festgelegte sozialistische Wirtschaftspolitik. Faktisch suggerierte er aber bereits damals eine Einzel-

# Zur Eskalation einer konterrevolutionären Wirtschaftskonzeption

lung gegen Sie, wie wir heute wissen, leider nicht ohne Erfolg.

Die dritte Etappe der Eskalation der konterrevolutionären Wirtschaftskonzeption Siks begann Anfang 1968. Nach dem Januar-Plenum der KPC sah er keine Veranlassung mehr, seine antisozialistischen Parolen noch relativ verhalten, sondern mit vorgehaltener Hand, zu propagieren. „Die Wurzel des Übels liegt im politischen Bereich, in der Arbeitsweise der Partei überhaupt“, behauptete er in der in Wien erschienenen Zeitschrift „Weg und Ziel“.

Er forderte, nunmehr ganz offen, die „Wirtschaft der Betriebe von der Vormachtstellung des Staates“ zu lösen und den Markt zum Hauptkriterium aller ökonomischen Entscheidungen zu machen, bei denen der Plan bzw. die Planung nur noch sekundäres und formelles Zubehör sein sollten.

Diese Linie war unverkennbar konterrevolutionär; denn sie sollte von dem angeblich unpolitischen Gebiet der Ökonomie her politische Tatsachen schaffen. Welcher Art diese Tatsachen sein sollten, wurde – auch ohne höhere Analyse der Sikschen Konzeption – schon ziemlich deutlich durch den Befehl, mit dem sie von den westlichen Gazetten bedacht wurde. Und beobachtete man die Finanzzielen „Hilfs“-Angebote westdeutscher Finanzkapitalisten, die im Zusammenhang mit dem Abrücken des Imperialismus in der CSSR ebenso geriet waren wie die Lieferung von Sendeanlagen und Waffen durch westdeutsche Kon-

zern, so wurde erst recht völlig klar: Siks' ökonomischer Konzeption sollte ideologisch, politisch, ökonomisch und militärisch zur Verwirklichung verbunden und der vollständigen Restauration des Kapitalismus in der CSSR damit der Weg gebahnt werden.

Welche Folgen aber hätte das für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der CSSR gehabt! Genau die gleichen, die wir als Realität in der gesamten kapitalistischen Welt täglich vor Augen haben: Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Preiserhöhungen, wirtschaftliche Labilität, Krisen, Konkurrenzkampf und gegenseitige Behinderung. Das wären die katastrophalen Folgeerscheinungen gewesen, wenn es Siks und seinen Anhängern mit äußerer imperialistischer Hilfe gelungen wäre, seine Konzeption durchzusetzen und zu realisieren.

Sik – und nicht nur er – wußte das alles, und er ging seinen Weg des Revisionismus zum offenen Feind des Sozialismus. Daß sein Land jedoch den Rückfall in das erasmungslose, brutale kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung nicht erleben mußte, das verdankt es dem entschlossenen Handeln der fünf sozialistischen Bruderländer am 21. August 1968. Und sie werden auch in Zukunft den Vätern der befreundeten CSSR wieder die Hilfe erweisen, die es ihnen ermöglicht, eine hochentwickelte, effektive sozialistische Planwirtschaft zu gestalten.

Worauf ist die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung in unserer Republik zurückzuführen und was kann überhaupt nur die Grundlinie für eine sozialistische Wirtschaftspolitik sein? Die Beantwortung dieser Frage beruht grundsätzlich wissenschaftlich-theoretische und praktische Erfahrungen des Marxismus-Leninismus.

Die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten können konsequent nur von einer marxistisch-leninistischen Partei vertreten werden. Das erfordert, daß die Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wissenschaftliche Voraussicht und ständige Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung miteinander verbindet. Auf dieser Grundlage beschließt sie nach gemeinsamer Beratung mit den Schöpfern aller gesellschaftlichen Reichtums, den Werktätigen, die notwendigen Maßnahmen und organisiert gemeinsam mit ihnen deren Durchführung.

Diese Grundlinie der Arbeit der marxistisch-leninistischen Partei ist der Schlüssel zum Erfolge im politischen, ökonomischen und ideologischen Klassenkampf. Sie ist als Basis auch unserer sozialistischen Erziehungseinrichtungen von jedem Bürger unseres Staates in vielen Formen und bei vielen gesellschaftlichen Ereignissen erlebt worden und ist jedem als das lebendige Prinzip des demokratischen Zentralismus geläufig.

Es steht bei uns heutzutage kaum mehr außer Frage, daß vor allem auf

ökonomischem Gebiet zentral die Grundlinien der Entwicklung festzulegen sind. Nur dadurch ist es möglich, die gewaltigen Potenzen unserer Produktivkräfte zu höchsten Effekten zu führen. Das Material der jüngsten Tagung der Perspektivkommission der Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates charakterisiert das sehr deutlich.

Wie der demokratische Zentralismus im Bereiche der Wissenschaft, Technik und des Hochschulwesens in Verbindung mit der Produktion und den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen in lebendiger Aktion bestätigt wird, erleben wir selbst seit vielen Jahren. Die 12. Sitzung des Staatsrates, die auch Vertreter unserer Hochschulen mit vorbereiteten und unmittelbar miterlebten, demokratisch erneuert, wie die sozialistische Planwirtschaft funktioniert.

Auf dem Gebiet der sozialistischen Ökonomie sind wichtige Gebote zu verwirklichen, wie wir das in unserer DDR bisher erfolgreich getan haben:

1. Die planmäßige, proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft muß auf der Prognostik der gesellschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung beruhen. Die auf dieser Basis ausgearbeitete technisch-ökonomische Politik ist eine Generallinie. Sie wird bis in die Brigaden hineingetragen, beraten und verwirklicht.

2. Das ökonomische System des Sozialismus wird als Ganzes und in den selbständigen ökonomischen Einheiten und Institutionen ständig vervollkommen. Sein Grundgedanke besteht in der wirksamen Verbindung der zentralen einseitigen Planung und Leitung in Grundfragen mit der Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Warenproduzenten und der örtlichen Organe für ihr Territorium.

3. Übereinstimmung der persönlichen materiellen Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen. Dabei ist die Erwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion der Wirtschaftseinheiten abgeschlossen.

Diese Erfordernisse charakterisieren die Wirtschaftspolitik der marxistisch-leninistischen Partei und des sozialistischen Staates im allgemeinen und die sozialistische Planwirtschaft im besonderen. Wer sie durch eine sogenannte „sozialistische Marktwirtschaft“ ersetzen will, sollte sich darüber im klaren sein, daß auch auf dem Gebiete der Ökonomie die Quadratur des Kreises nicht gelingen kann und daß diejenigen, die dennoch Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen, sich als Verfechter einer konterrevolutionären Wirtschaftskonzeption ausweisen.

Es ist eine durch die Praxis der sozialistischen Länder bestätigte Erkenntnis, daß man Bewährtes bewahren, weiterführen und zu neuer Qualität entwickeln und dazu neue Erkenntnisse hinzufügen soll. Wir haben es in den vergangenen zwei Jahrzehnten so gehalten und haben nicht nur gute Erfahrungen damit gemacht, sondern auch gute, von aller Welt anerkannte Erfolge errungen.

Wir haben aber auch nicht aufgehört, von unseren Freunden zu lernen, vor allem von der Sowjetunion und von der KPdSU, mit denen wir auch stets bereit waren und sind, unsere Klassenbrüder zu helfen. Deshalb kann das technokratische Volk unserer wüsten Unterstützung bei der Festigung und Weiterentwicklung ihrer sozialistischen Ordnung sicher sein.

## Hochschulpiegel

Redaktionskollegium: Dipl.-Lehrer H. Madel (verantwortlicher Redakteur), Ing. Chr. Dilling, W. Fotscher, Dipl.-Sportlehrer G. Hoesk, Dipl.-Ing. Sehn, Dipl.-Lehrer H. Meyer, Dr. K.-H. Reiners, E. Schreiber.

Herausgeber: SED-Hochschulparteiorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 125 K des Rates des Bezirks Karl-Marx-Stadt. Druck: Druckhaus Karl-Marx-Stadt.